

---

Vorwort	15
Einführung	
<b>Das Bundesverfassungsgericht – ‚Machtvoller Vetospieler‘ gegenüber Legislative und Exekutive? – Eine politikwissenschaftliche Analyse</b>	<b>21</b>
1	Einleitung 21
2	Die Selbstermächtigung des BVerfG zum Verfassungsorgan 21
3	Die Suprematie des BVerfG gegenüber ordentlicher Gerichtsbarkeit 22
4	Die prinzipielle Konkurrenz von BVerfG, Legislative und Exekutive 23
4.1	Die Sanktionsmöglichkeiten des BVerfG gegenüber Legislative und Exekutive 24
4.2	Das BVerfG als Ausgestalter und Fortschreiber politischer Grundlagen – Polity 25
4.3	Strategien des BVerfG für die Eigendarstellung und die Selbstdisziplinierung 27
4.4	Das Interesse der Opposition am BVerfG 28
5	Kritik am BVerfG 28
6	Das BVerfG als <i>policy maker</i> 29
6.1	Folgen der Entscheidungspraxis – Das BVerfG als Agenda-Setter 30
6.2	Die Bedeutung der Verfassungsbeschwerde 30
6.3	Die Entscheidungspraxis des BVerfG am Beispiel der Steuergesetzgebung 31
7	Die Wahrnehmung des BVerfG in der Öffentlichkeit 36

7.1	Ein hoher Vertrauensvorschuss	37
7.2	Grenzen der verfassungsrichterlichen Macht	37
8	Zusammenfassung und Ergebnis	38
	Literatur- und Quellenverzeichnis	40

## Bundesverfassungsgericht und Gesetzgebung

	<b>Reaktion des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus am Beispiel des ‚Großen Lauschangriffs‘</b>	<b>47</b>
1	Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	47
2	Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	51
2.1	Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	52
2.2	Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	55
3	Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	58
3.1	Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	58
3.1.1	Untersuchung der theoretischen Beispiele in Bezug auf präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr	59
3.1.2	Konsequenzen für die Polizei, wenn präventiv-polizeiliche Folter zur Gefahrenabwehr gesellschaftlich anerkannt wäre	60
3.1.3	Plädoyer für ein absolutes Folterverbot – auch präventiv-polizeilich zur Gefahrenabwehr	61
3.2	Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	62

3.2.1	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	62
3.2.2	Menschenwürde und Abhörmaßnahmen in der politischen Diskussion bis zur Gesetzesänderung	65
3.3	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘	68

## Bundesverfassungsgericht und politische Parteien

<b>Das Parteiverbotsverfahren gegen die NPD</b>	<b>79</b>	
1	Einleitung	79
2	Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	82
2.1	Das Verhältnis von Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG	82
2.2	Die Voraussetzungen eines Parteiverbotsverfahrens	83
2.2.1	Der Begriff der politischen Partei	84
2.2.2	Der verfassungswidrige Zweck im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG	86
2.2.3	Die Zielsetzung des verfassungswidrigen Zwecks bzw. die Zurechnung des Verhaltens der Parteianhänger	89
2.3	Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens	90
2.4	Die unmittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung	93
2.5	Die mittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung und die Vollstreckung des Parteiverbots	95
2.6	Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland	96
3	Das Verfahren zu Vereinsverboten gemäß Art. 9 Abs. 2 GG	101
3.1	Die Voraussetzungen eines Vereinsverbotsverfahrens	101
3.1.1	Der Begriff der Vereinigung	101
3.1.2	Die Voraussetzungen eines Vereinigungsverbots	103
3.2	Der Ablauf des Vereinsverbotsverfahrens	107
3.3	Die unmittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	109

<i>Inhalt</i>	<i>Seite</i>
3.4 Die mittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	111
3.5 Bisherige Vereinsverbotsverfahren auf Bundesebene	112
4 Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG	115
4.1 Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	116
4.1.1 Die ‚Adressaten‘ der Grundrechtsverwirkung	117
4.1.2 Der ‚Kampf‘ gegen die FdGO	118
4.1.3 Der ‚Missbrauch‘ der FdGO	119
4.2 Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	120
4.3 Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	122
4.4 Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung	125
5 Bewertung der Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	128

## Bundesverfassungsgericht und Sicherheitsverwaltung

<b>Zum Mythos der Unterscheidung ‚rein geistiger Wirkungen‘ und ‚rechtsverletzender Wirkungen‘, welche die Sicherheitsverwaltung nach dem ‚Wunsiedel-Beschluss‘ des Bundesverfassungsgerichts zu treffen hat</b>	<b>135</b>
1 Einleitung	135
2 Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	137
3 Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	141
4 Quintessenz und Ausblick	144

---

<b>Mehr Aufgaben auf Flughäfen und in Bahnhöfen für die Sicherheitsverwaltung durch das Bundesverfassungsgericht, welches das Demonstrationsrecht stärkt</b>	<b>145</b>
1 Einleitung	145
2 Die Ausgangslage der gerichtlichen Entscheidung	145
3 Die Leitsätze	147
3.1 Erweiterung der unmittelbaren Grundrechtsbindung auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform	147
3.2 Weitergehende Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Abfertigungshallen von Flughafengebäuden	151
4 Keine Begrenzung des Schutzbereichs der Meinungsfreiheit auf öffentliche, der Kommunikation dienende Foren	152
5 Prognosen aus dem Urteil	153
 <b>Bundesverfassungsgericht, Bundesdesgerichtshof und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte</b>	
 <b>Das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bei der nachträglichen Verlängerung der Sicherungsverwahrung</b>	
1 Ausgangssituation und Einleitung	159
2 Die Schutzfunktion des Art. 103 Abs. 2 GG	163
2.1 Die rechtsstaatlichen Garantiegehalte des Gesetzlichkeitsprinzips	164
2.2 Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots	166
3 Das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 Abs. 1 EMRK im Urteil des EGMR	168

3.1	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots nach Art. 7 EMRK	170
3.2	Die Legitimation von Freiheitsentziehungen nach Art. 5 EMRK	171
4	Abwägung zwischen ‚Täterschutz‘ und ‚Opferschutz‘	173
4.1	Rechtssystematische Abwägung	173
4.2	Sicherungsverwahrung im politischen Kontext	175
4.2.1	Entwicklung der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung im deutschen Strafrecht	175
4.2.2	Die ‚Präventionshaft‘ als Instrument zur Harmonisierung menschenrechtlicher Standards in Deutschland und Europa	183
4.2.3	‚Abschied vom Sicherheitswahn‘	185
5	Zusammenfassung und Prognose	188

## Bundesverfassungsgericht: Festhalten am Brokdorf-Beschluss?

<b>Das Bundesverfassungsgericht und der Bestand seines Brokdorf-Beschlusses bei der Entscheidung zur Rechtmäßigkeit eines Polizeikessels</b>		<b>193</b>
1	Einleitung zur Problematik	193
2	Der Brokdorf-Beschluss und seine wesentlichen politischen Vorgaben	195
3	Die polizeiliche Einkesselung als Grundrechtsproblem	199
4	Die Beurteilung des vorliegenden Sachverhalts durch die BVerfG-Kammer	202
5	Kritische Bewertung des Kammerbeschlusses zum Polizeikessel und kurzer Ausblick	204

---

## Bundesverfassungsgericht als Maßstabsinstanz

### **Sind alle Polizisten Bastarde? Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, was Beleidigung ist oder nicht** **209**

- |   |   |     |
|---|---|-----|
| 1 | Einleitung zur Problematik und Ausgangssachverhalte | 209 |
| 2 | Fragestellung und Lösung der Fachgerichte           | 210 |
| 3 | Beschlussbegründung des BVerfG                      | 214 |
| 4 | Kritische Anmerkungen                               | 218 |

## Bundesverfassungsgericht als Grundrechtsentdecker

### **Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen sowie Schulschließungen – das Bundesverfassungsgericht bleibt ‚etatistisch‘: mehr Grundrechte, weniger Freiheit** **223**

- |   |  |     |
|---|--|-----|
| 1 | Die Erfüllung grundrechtlicher Schutzpflichten als Rechtfertigung – Ausgangssachverhalte der Beschlüsse und beanstandete Grundrechtsverletzungen | 223 |
| 2 | Grundrechtsargumentation in den Entscheidungen I und II zur Bundesnotbremse  | 227 |
| 3 | „Neue“ Grundrechte durch den Bundesnotbremse II-Beschluss  | 232 |

*Autorenhinweise* **237**